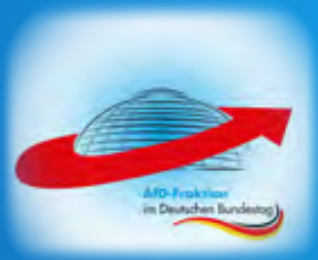


Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD



Preiskontrollen – ein zutiefst sozialistisches Konzept! (Teil2)



Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltsausschuss (Vorsitzender)
- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion
- Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

@ peter.boehringer@bundestag.de

f /Peter.BoehringerCom

www.pboehringer.de

In der DDR waren als Folge des langjährigen Mietpreisstops schon bis 1971 nur etwa halb so viele Wohnungen wie in West-Deutschland gebaut worden (bezogen auf die jeweiligen Bevölkerungszahlen). Kurz vor dem Ende des Regimes erkannte sogar Honecker selbst, dass „die Wohnungsfrage als soziales Problem“ durch den Mietpreisstop nicht wie geplant gelöst worden war. In Wirklichkeit hatte diese Planwirtschaft wie immer im Sozialismus den Mangel nur inhuman verschlimmert.

Dies wohlgemerkt sogar ohne jeden Zuzug, denn der rote Honecker achtete strikt darauf, dass die Gastarbeiter des vietnamesisch-kommunistischen Brudervolks nach relativ kurzer Zeit alle zügig wieder das Land verlassen mussten. Eine (gar illegale) massenhafte Einwanderung hätte es in der DDR niemals gegeben.

Ganz im Gegenteil erkannte das DDR-Regime in der Schleusung von Asylanten eine wirksame Methode zur Destabilisierung des Westens. Auch die Honecker-Schülerin und FDJ-Frau Merkel scheint diese Methode zur Destabilisierung des Gemeinwesens seit 2015 wieder konsequent gegen Deutschland anzuwenden!

Die Wohnungsmisere in der heutigen BRD ist also (noch) nicht einem Mietpreisstop geschuldet. Ganz im Gegenteil dürfte es bei 1,4 Kindern pro autochthoner Frau und damit einem Drittel Bevölkerungsschrumpfung pro Generation niemals zu Wohnungsmangel kommen! Doch die Merkel-Regierung schafft sogar dieses: Wer 500.000 bis 1 Million Immigranten zumeist illegal ins Land lässt und ihnen illegalen dauerhaften Aufenthalt gewährt, der müsste eben eine Großstadt pro Jahr neu in Deutschland bauen. So etwas ist vollkommen unmöglich – und mit Mietpreisstops gleich zweimal!

Fazit: Die Mietpreisbremse ist ein völlig untaugliches, enteignendes und für alle Beteiligten asoziales Instrument, das leider von der SPD wieder propagiert wird. Die HEUTIGE Wohnungsnot im Land ist jedoch eine direkte Folge der illegalen Einwanderung, die sich zudem auch noch schwerpunktmäßig auf die ohnehin bereits überbevölkerten städtischen Räume konzentriert. SPD und CDU/CSU sind wie alle plansozialistischen Multikultiparteien gleichermaßen schuld an der bestehenden und noch kommenden Wohnungsnot in unserem heute schon überbevölkerten Deutschland. Wer halb Afrika zu uns holt, wird selbst zu Afrika.



Global Compact: Von Anfang an unter Merckels Regie

die Ereignisse um den Global Compact on Migration überschlagen sich. Zahlreiche Staaten Europas und der Welt haben bereits ihre Ablehnung signalisiert. In Deutschland dagegen beschwichtigen seit Wochen alle führenden Politiker der Regierungskoalition, man müsse über den Pakt gar nicht öffentlich diskutieren, denn dieser sei ja nur eine unverbindliche Erklärung, die keinerlei rechtliche Wirkung entfalte.

Nun hat mein Kollege aus dem Auswärtigen Arbeitskreis, René Springer, in Dokumenten des Auswärtigen Amtes Aussagen gefunden, die immense Sprengkraft enthalten. Denn die an der Ausarbeitung des Paktes beteiligten Beamten brüsten sich damit, dass die Bundesregierung die Ausgestaltung des Paktes seit 2016 „politisch, inhaltlich und finanziell“ vorangetrieben hat. In dem Dokument wird die „internationale Gestalterrolle“ Deutschlands besonders unterstrichen. ([Hier geht's zum Dokument des Auswärtigen Amtes](#))

einen Text auf The European veröffentlicht: www.theeuropean.de/petr-bystron-bystron/15079-aus-waertiges-amt

Diese Entdeckung stellt alle Beschwichtigungen der Regierungsparteien auf den Kopf. Nun haben wir es schwarz auf weiß – die Regierung wollte von Anfang an mit dem Compact „politisch verpflichtende“ Normen setzen und somit die verheerende Politik der offenen Grenzen – wie 2015 praktiziert – auch international durch einen Vertrag kodifizieren. Unterstrichen wird dieser Befund auch durch die Äußerungen der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Kanzleramt, Annette Widmann-Mauz.

Die Beamtin erklärte zum Global Compact Anfang November: „Die Bundesregierung hat den Migrationspakt mit- und deutsche Interessen hineinverhandelt.“ Um die Urheberschaft der Bundesregierung in Sachen Migrationspakt eindeutig nachzuweisen und um herauszufinden, wo die Bundesregierung „deutsche Interessen“ in den Pakt hineinverhandelt haben will, habe ich gleich eine ausführliche Anfrage an die Bundesregierung geschickt – auf die Antwort dürfen wir gespannt sein!



Der brisanteste Satz kommt jedoch zum Schluss: „Der Pakt ist nicht rechtlich bindend, aber politisch verpflichtend konzipiert!“ Hierbei müssen alle Alarmglocken schrillen. Ich habe darüber sofort



Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

• Obmann

- Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
- Auswärtiger Ausschuss

@ petr.bystron@bundestag.de

f /bystronpetr

www.petrbystron.de



Peter Felser, MdB
Vize-Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
 - Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied
 - Verteidigungsausschuss

@ peter.felser@bundestag.de

f /peterfelserafd

www.peterfelser.de

Vor einigen Tagen hatte ich die Gelegenheit einer Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis in den Räumen des Bundestages begrüßen zu dürfen. Dabei haben wir auch über den umstrittenen UN-Migrationspakt gesprochen. Welche Brisanz dieses Thema hat, wurde auch heute wieder angesichts einer hitzigen Debatte im Plenum des Bundestages deutlich. Wir stehen jetzt an einem historischen Wendepunkt!

Die Altparteien haben diesen Irrsinn natürlich auch weiterhin stur verteidigt. Mein Fraktionskollege Dr. Gottfried Curio brachte es hingegen in seinem Redebeitrag auf den Punkt: Merkel und ihre willigen Helfer wollen den Migrationspakt offenbar als eine Art „Trojanisches Pferd“ dazu nutzen, um die Rechtsverstöße des Jahres 2015 zu verschleiern und im Nachhinein über die Vereinten Nationen zu legitimieren. Es besteht die Gefahr, dass über

die Etablierung eines Gewohnheitsrechtes der voraussetzungslosen Migration Tür und Tor geöffnet wird.

Erfreulich ist, dass sich nun immer mehr Länder diesem Wahnsinn verweigern, vor allem diejenigen Länder, die in den letzten Jahren die Hauptmagneten der internationalen Migration geworden sind. Auch die Schweiz wird nicht vorbehaltlos zustimmen. So wurden wir über die deutsch-schweizerische Parlamentariergruppe darüber informiert, dass der Schweizer Bundesrat dem Pakt vorerst nicht zuzustimmen wird. Es gelte die Debatte im Parlament abzuwarten. Alles „böse Rechtspopulisten“?

In diesem Sinne grüßt Euch aus Berlin

Eurer MdB Peter Felser

Nach Ablehnung der Anhörung zur Migrationspakt-Petition: Johannes Huber fliegt nach Marrakesch

Der am 28.11.2018 eingebrachte Antrag der AfD-Fraktion im Petitionsausschuss, anlässlich des erreichten Quorums für die Petition zum Migrationspakt eine öffentliche Ausschusssitzung zum nächstmöglichen Termin am 10.12.2018 einzuberufen, wurde von allen anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag ohne Debatte abgelehnt.

Johannes Huber, Obmann der AfD im Petitionsausschuss, äußert scharfe Kritik:

„Da ein Termin vor der Annahme des Migrationspaktes durch die Bundesregierung möglich gewesen wäre, erfüllt es mich mit tiefem Unverständnis, dass dies nicht geschieht. Das Quorum ist bereits seit Tagen erreicht und es wäre früher erreicht gewesen, wäre die IT des Bundestages nicht in dieser dürrtigen Verfassung. Hier wurde fahrlässig versäumt, entsprechend aufzurüsten, insbesondere, da dieses Problem bereits seit langem bekannt ist.“

Die Nichtbehandlung vor Annahme des Migrationspaktes entspricht einem völlig entrückten Demokratieverständnis der politischen Klasse. Wenn aus den Reihen der Grünen im Ausschuss zu hören ist, dass die Petitionen „Dreck“ seien, spricht dies Bände über ihren Zugang zur Verfassung und ihre herabwürdigende Sicht auf den Bürger.

Jede Migrationspolitik bedarf einer demokratischen Legitimation. Wir werden die Rechtsstaatlichkeit frei nach Seehofer „bis zur letzten Patrone“ verteidigen.“

Johannes Huber wird nun am 10.12.2018 persönlich nach Marrakesch reisen um den Teilnehmern der Konferenz die Petition persönlich zu überreichen, um den Protest unserer Bevölkerung auch in Marrakesch zum Ausdruck zu bringen.

Marokko wird von den Grünen derzeit nicht als sicheres Herkunftsland eingestuft, mal sehen ob das seine Berechtigung hat. Auch das gilt es als gewählter Volksvertreter zu überprüfen.



petitionen.bundestag.de/petitionen/2018/11/01/Petition_85565.nc.html

Neu registrierte Mitzeichner der Petition müssen den Bestätigungslink in der E-Mail anklicken, die ihnen zugeschickt wurde. Dadurch können aktuell noch Mitzeichnungen verloren sein!

www.epochtimes.de/politik/deutschland/petition-zum-un-migrationspakt-afd-antrag-auf-oeffentliche-petitionsausschuss-sitzung-ohne-debatte-abgelehnt-a2722811.html

philosophia-perennis.com/2018/11/28/petition-zum-migrationspakt-bundestag-lehnt-vorzeitige-anhoerung-ab

www.handelsblatt.com/politik/deutschland/petitionsausschuss-rund-80-000-menschen-unterzeichnen-petition-gegen-un-migrationspakt/23682722.html?ticket=ST-1913081-EUjp0PcSYlvOFwnn-HzUJ-ap1

www.bild.de/politik/inland/politik-inland/unterzeichner-anzahl-aufregung-um-petition-gegen-un-migrationspakt-58590564.bild.html

https://www.youtube.com/watch?v=FBiY6U_cPI4

Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag

 @HuberMdB

 /Johannes.Huber.AfD

@ johannes.huber@bundestag.de

FAKE-News im Umweltausschuß



Rainer Kraft, MdB
Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann
 - Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ordentliches Mitglied
 - Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
 - Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

@ rainer.kraft@bundestag.de

f /rainer-kraft-115152229053025

Als vor einiger Zeit per Sondersitzung eine öffentliche Anhörung zu einem „öffentlichen Fachgespräch“ heruntergestuft wurde, gab dies bereits erhebliche Unruhe im Umweltausschuss.

Ende November hat nun dieses Fachgespräch stattgefunden und es gibt Interessantes zu berichten:

Der Experte der SPD, Professor Anders Levermann vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung verhielt sich, zu seiner beauftragenden Partei passend, in diesem Fachgespräch keineswegs wie ein seriöser Wissenschaftler sondern eher wie ein leidenschaftlicher Ideologe.

Mehrfach versuchte er, andere Meinungen und Argumente pauschal als „Quatsch“ abzutun ohne inhaltlich darauf einzugehen. Bei seinen Ausführungen überraschte Levermann die Anwesenden mit der Behauptung, das CO₂ Molekül sei ein gewinkeltes Molekül, was besonders für die Infrarot- (IR-) absorption wichtig ist, da sich aus der Form und Symmetrie eines Moleküls eine unter-

schiedliche Anzahl von Freiheitsgraden für die durch IR angeregten Schwingungen (Vibration) ergeben. Ein Fachmann, der über die IR induzierte Erwärmung der Erde referiert, sollte diese Bedeutung kennen und sollte eben auch wissen, dass das CO₂ keineswegs gewinkelt, sondern vielmehr linear ist.

Auch in einem weiteren Punkt sind die Äußerungen von Prof. Levermann bemerkenswert. Es hat sich mit ihm endlich einmal ein Experte zur globalen Mitteltemperatur der vorindustriellen Zeit geäußert. Diese betrug seinerzeit um die 15°C, so seine Aussage. Merken wir uns diese Zahl, denn die globale Mitteltemperatur in 2016 wurde von NASA und NOAA mit lediglich 14,8°C angegeben. Hat sich die Welt also abgekühlt oder weiß der „Experte“ einfach nicht wovon er redet?

Zum Witz mutieren diese Äußerungen besonders dadurch, dass sie Levermann jeweils dazu dienen sollten die Ausführungen des Experten unserer Fraktion zu widerlegen.

Mit Fake-News gegen Fakten? So funktioniert die SPD.



Hans-Jörg Müller, MdB Parlament. Geschäftsführer

Wahlkreis 225: Traunstein

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

@ hansjoerg.mueller@bundestag.de

f /MdB.Mueller

Liebe bayerische AfD-Mitglieder,

nach dem Anschauen der Bundestagsdebatten auf Phönix haben mich einige gefragt, wo ich denn sei, da ich nicht dabei war. Bis Mitte November hatte ich in Berlin mit hohem zeitlichen Einsatz gearbeitet und dabei eine akute Krankheit verschleppt, weshalb ich jetzt eine längere Genesungszeit bis Anfang 2019 brauche. Ich wünsche Euch allen eine besinnliche Weihnachtszeit im Kreise Eurer Lieben und viel Erfolg beim Abschalten und Erholen. Das Wichtigste ist unsere Gesundheit, ohne die wir keinen politischen Kampf bestehen und unser Vaterland nicht retten können.

In diesem Sinne von Herzen alles Gute und bis nächstes Jahr in alter Frische."

Euer bayerischer, parlamentarischer
Geschäftsführer

in der AfD-Bundestagsfraktion

Hansjörg Müller

Ursula von der Leyen unter Druck AfD-Fraktion fordert einen Untersuchungsausschuss in der „Berateraffäre“ im Bundesministerium der Verteidigung

In der sogenannten „Berateraffäre“ kommt Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen immer stärker unter Druck. Als Vorreiter und auch als unnachgiebiger Antreiber bei der Aufklärung der dubiosen Vergabep Praxis von Aufträgen an verschiedene Beratungsfirmen hat sich hier unsere Fraktion wieder einmal beispielgebend hervorgetan.

Die Affäre war ins Rollen gekommen, nachdem das Verteidigungsministerium gegenüber dem Bundesrechnungshof erhebliche Mängel beim Einsatz von Beratern einräumen musste. In einem vertraulichen Papier von Mitte August rügten die Rechnungsprüfer ein regelrechtes Chaos bei der Beauftragung externer Berater, für die das Ministerium pro Jahr bis zu 150 Millionen Euro ausgibt. Die Experten hatten dabei 56 Verträge unter die Lupe genommen und dabei erhebliche Unregelmäßigkeiten festgestellt. Die Kritik machte sich vor allem an fehlenden Wirtschaftlichkeitsprüfungen und den Umständen bei der Vergabe fest.

In der Sitzung des Verteidigungsausschusses Anfang November musste sich von der Leyen den kritischen Fragen der Opposition stellen, wobei wir besonders gut vorbereitet waren und hartnäckig nachfassten, wenn die Antworten nicht zufriedenstellend waren.

Aufgrund des völlig unbefriedigenden Verlaufs der Befragung forderten wir die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, zur gründlichen Aufarbeitung der Vorgänge im BMVg, auch um persönliche Verstrickungen und mögliche Vorteilsnahmen vollumfänglich aufklären zu können. Leider wurde unser Antrag von allen anderen Fraktionen im Ausschuss abgelehnt.

Nach Ablehnung unseres Antrags auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fand am 22. November eine Sondersitzung des Verteidigungsausschusses statt. In der 4 ½-stündigen Sitzung bis 22:30 Uhr kam man bei der Aufklärung des Sachverhaltes erwartungsgemäß nicht einen Schritt weiter.

Der Verlauf der Sitzung war dabei zusammengefasst ungefähr so:

- Die CDU wie immer stets regierungstreu. Keine kritischen Fragen. Alles bestens.
- Die SPD gefangen in der Koalition. Ab und zu eine leicht kritische Frage, um nicht allzu handzahn zu erscheinen.
- Die FDP nicht so richtig wissend wie sie agieren soll, könnte ja vielleicht noch was mit Jamaika werden.
- Die Linke wie immer: Gegen Alles, vor allem gegen die Bundeswehr.
- Die Grünen: Langatmig und selbstdarstellend in der Fragestellung, zum Teil auch geradezu anbiedernd an die Ministerin. Auch hier eine mögliche Jamaika-Koalition fest im Blick.

Nun soll in der letzten Sitzungswoche des Jahres eine weitere Sondersitzung endlich Licht in das Dunkel bringen. Diese dürfte aber das erwartbare Ergebnis bringen, nämlich nichts!

Eine echte Aufklärung des Beratergeflechts, der Günstlingswirtschaft und der illegalen Vergabe von millionenschweren Verträgen im Verteidigungsministerium wird nur mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss möglich sein. Wir werden weiter dafür kämpfen, um die Blockade der Altparteien dagegen aufzubrechen!



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
 - Verteidigungsausschuss
 - Gemeinsamer Ausschuss
 - Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO
- Stellv. Mitglied
 - Haushaltsausschuss

@ gerold.otten@bundestag.de

Unabhängigkeit der Justiz und der Sicherheitsbehörden

Der Umstand, dass Richter an Bundesgerichten sowie am Bundesverfassungsgericht durch Wahlausschüsse gewählt werden, stellt zunehmend ein Problem dar. In diesen Ausschüssen sitzen Bundestagsabgeordnete und Landesminister des Fachgebiets bzw. beim BVerfG des Bundesrates. Weiter steht die Wahl bei Bundesgerichten unter Zustimmungsvorbehalt des jeweiligen Bundesministeriums. Dies öffnet Tür und Tor für Filz. Was harmlos als Parteienproporz daherkommt, führte gerade in den letzten Jahren zu Bewerberlisten, bei welchen von vornherein feststand, dass z.B. „nun aber der Kandidat der Grünen drankommen muss“, also die Hände nach Absprachen gehoben wurden. Ein Gesetzentwurf aus dem AK Recht unter Leitung von Oberstaatsanwalt

Reusch wollte dies fundamental ändern. Richter und Staatsanwälte sollen sich in Gremien selbst organisieren und über Stellenbesetzungen und Beförderungen abstimmen. Spitzenbeamte sollen ebenfalls entpolitisiert und zu regulären Beamten werden. Generalstaatsanwälte sollen nicht mehr politischen Weisungen unterworfen sein. Die Altparteien lehnten den im Plenum vorgetragenen Entwurf jedoch rundweg ab, sehen sie doch in Stellenbesetzungen durch Parteigänger wertvolle Einflussmöglichkeiten (gerade im Verfassungsrecht). CDU-MdB Harbarth wurde dieser Tage übrigens direkt aus dem Bundestag in das Verfassungsgericht gehievt. Eine neue Qualität der Parteinähe. Der Rechtsausschuss wird unseren Gesetzentwurf weiterdiskutieren (müssen).

Subsidiaritätskonferenz in Bregenz

Die österr. Ratspräsidentschaft lud Mitte November zu einem ergebnislosen Alibikongress ein. Meine Dienstreise als Vize des Unterausschusses Europarecht zeigte u.a., dass man

sich nicht entblödete, Schüler Gefälligkeitsfragen stellen zu lassen und dass die Klötze vor dem Tagungsort auch bei Vertretern anderer Länder als Merkel-Poller bekannt sind.

Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Stellv. Vorsitzender**
 - Unterausschuss Europarecht
- **Ordentliches Mitglied**
 - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
 - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

• Obmann

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

@ protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

Das Jahr 2018 – ein historisches Jahr in der Bundesrepublik. Ein Jahr des Umbruchs in der Politik und Gesellschaft. Als AfD haben wir unseren Siegeszug durch die Parlamente mit der Hessenwahl vollendet. Dies läutete gleichzeitig Merkels Abgang ein. Wir als Fraktion haben uns zum Ziel gesetzt, den Bundestag wachzurütteln, eine Opposition zu sein, die der Regierung nicht nur hart auf die Finger schaut, sondern auch Wege aufzeigt, wie es anders gehen kann. Ich bin überzeugt, dass uns dies gut gelungen ist. Einige Beispiele genannt: Innenminister Seehofer war stets bemüht, glaubhaft zu machen, dass die neue Bundesregierung die unkontrollierte Zuwanderung wieder unter Kontrolle hat. Mehr als Bemühungen waren es aber auch nicht. Aber dass es zur zentralen Herausforderung des Innenministeriums wurde, ist uns zu verdanken. Das Nachbohren im Dieselskandal hat erst die Kanzlerin veranlasst, doch etwas

zurück zu rudern. Sie will Grenzwerte anheben. Auch hat das Umweltministerium nun angekündigt, alle Stickstoffdioxid-Messstellen zu überprüfen.

Und den krönenden Abschluss bildete die Öffentlichmachung des UN-Migrationspakts, der nun seit Wochen die Medien dominiert. Wir haben die regierenden Parteien zu einem öffentlichen Bekenntnis gezwungen und gleichzeitig das trojanische Pferd in unser deutsches Rechtssystem offenbart. So wurde noch einmal deutlich, dass die regierenden Parteien schon lange nicht mehr um das Wohl der eigenen Bürger besorgt sind.

Wir wollen unser Versprechen auch für das kommende Jahr halten! Wir werden uns als personell und inhaltlich stärkste Fraktion im Bundestag behaupten. Wir wissen, dass die Schonfrist vorbei ist. 2019 schalten wir noch einen Gang höher. Versprochen.

Niveau ist keine Creme, möchte man manchmal rufen!



Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Arbeit und Soziales

@ martin.sichert@bundestag.de

f /sichertmartin

Etwas über ein Jahr sind wir nun im deutschen Bundestag und trotzdem bin ich immer wieder erstaunt über das niedrige Niveau so mancher Abgeordneter der Altparteien und auch die Unverfrorenheit, mit der versucht wird, die Bürger für dumm zu verkaufen.

Als neulich eine SPDlerin mit Martin Hebner vor die Tür gehen wollte, um dort Klartext zu reden, war das Niveau einer düsteren Spelunke endgültig erreicht.

Getoppt wurde das nur von der Diskussion um den Migrationspakt. Dort konnte man mehrfach erleben, wie Abgeordnete minutenlang angeblich zum Thema sprechen und sich entweder immer wieder widersprechen oder inhaltsleere Phrasen dreschen. Mir jedenfalls wurde es irgendwann zu dumm, dass man ständig von „unverbindlich“ sprach und dann wieder davon „Standards zu setzen“. Doch auch meine konkrete Frage, ob die Koalition die Inhalte des Pakts umzusetzen beabsichtigt, wurde nicht beantwortet. Dabei bin ich mir sicher, dass die ehrliche Antwort auf diese Frage Millionen Menschen interessiert.

Tags darauf dann der absurde Vorwurf an die AfD, dass sie nur den einen Pakt als Thema hätte, wobei der Redner auf meine Rückfrage dann interessanterweise zugeben musste, dass er wusste, dass die von uns auf die Tagesordnung gesetzten Punkte ganz verschiedene globale Abkommen behandelten. Es war also Vorsatz, nur wurde er erwischt, dumm gelaufen. Vor dem Einzug der AfD wäre er damit wohl durchgekommen, doch zum Glück für unser Land sind diese Zeiten vorbei.

Es ist aber nicht erstaunlich, dass so agiert wird, denn Fehlverhalten der Altparteien wird im Parlament kaum sanktioniert. Als etliche Abgeordnete der Linken sich minutenlang, in bester Manier der Nazis, zur Rede von Curio umdrehten, wurde das ebenso wenig geahndet, wie die Beleidigung der AfD Fraktion als „Faschisten“ durch den Abgeordneten der Linkspartei Michel Brandt. Sitzungsleitung zu der Zeit hatte Claudia Roth von den Grünen. Es wird wirklich Zeit für einen Bundestagsvizepräsidenten der AfD, das wäre mein politischer Weihnachtswunsch.



Wolfgang Wiehle, MdB

Wahlkreis 219: München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
 - Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
 - Petitionsausschuss
 - Schriftführer/in

@ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /W.Wiehle

www.wolfgang-wiehle.de

Staus, Verspätungen, Funklöcher – Symbole politischer Fehlsteuerung!

Infrastruktur ist Daseinsvorsorge – Straßen, Bahnstrecken, Wasserstraßen und heute auch die digitalen Netze. Diese Netze bereitzustellen, gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Wenn die Politik die Prioritäten auf Investitionen an den richtigen Stellen setzt, können die gewaltigen Infrastruktur-Mängel abgebaut werden. Das wird leider viele Jahre dauern...

Folgende Kernforderungen sind daher zu stellen:

- Der Verkehrsträger Straße schultert den Löwenanteil von Personen- und Güterverkehr. Er muss auch bei den Infrastrukturausgaben Nummer eins sein und bleiben.
- Ein echte Planungsbeschleunigung muss über das aktuelle Gesetz hinausgehen. Es darf nicht mehr möglich sein, durch gezielte Einsprüche und Klagen den Bau notwendiger neuer Straßen und Bahnstrecken zu verhindern oder jahrelang zu verzögern.
- Als Sofortmaßnahme gegen den Stau müssen viel mehr Autobahn-Baustellen im Mehrschichtbetrieb abgewickelt werden.

Das ist nicht zu teuer, wenn man die Kosten durch die Staus an den ewigen Baustellen ehrlicherweise mitrechnet!

- Über Jahrzehnte wurde an den Schienenwegen gespart, um die Bahn fit für einen Börsengang zu machen. Das ist eine wesentliche Ursache der vielen Verspätungen. Auch hier muss umgesteuert werden, und es ist höchste Zeit für den Einstieg in die Digitalisierung der Bahn!
- Deutschland darf nicht länger das „Land der Funklöcher“ sein. In ländlichen Räumen, wo der Wettbewerb der Mobilfunkanbieter nicht die gewünschten Ergebnisse erbringt, muss der Staat handeln. Entweder man bringt die verschiedenen Anbieter durch entsprechende Auflagen zur Zusammenarbeit im Sinne der Kunden, oder der Staat nimmt selbst Geld in die Hand und sorgt für die nötige Infrastruktur. Auch das grundlegende digitale Netz ist ein Teil der Daseinsvorsorge!

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag